

Bundesrat

Drucksache 778/16

21.12.16

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Drittes Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes

Bundesrepublik Deutschland
Die Bundeskanzlerin

Berlin, 21. Dezember 2016

An den
Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses
des Deutschen Bundestages und des Bundesrates

Die Bundesregierung hat beschlossen, zu dem vom Deutschen Bundestag
am 1. Dezember 2016 verabschiedeten

Dritten Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes

zu verlangen, dass der Vermittlungsausschuss gemäß Artikel 77 Absatz 2 des
Grundgesetzes einberufen wird.

Dr. Angela Merkel

Das vorstehende Schreiben wurde dem Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses am 21. Dezember 2016 zugeleitet.

Versagung der Zustimmung durch den Bundesrat: Drs. 713/16 (Beschluss)